

Energiepolitik

Seeliger

2., vollständig überarbeitete Auflage 2022

ISBN 978-3-8006-6897-7

Vahlen

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

durch verschiedene Politikstrategien definiert werden. Im World Energy Outlook von 2021 sind vier Szenarien ausgewiesen:³¹⁷

- **Announced Pledges Scenario (APS):** In diesem Szenario wird davon ausgegangen, dass die durch die einzelnen Staaten angekündigten Klimaschutzmaßnahmen tatsächlich durchgeführt werden. Dies würde einem Absinken der (energiebedingten) CO₂-Emissionen auf ca. 21 Mrd. Tonnen bis 2050 führen, was den Anstieg der Temperaturen auf 2,1 °C gegenüber dem Durchschnitt von 1850 bis 1900 begrenzen würde.
- **Stated Policies Scenario (STEPS):** Dieses Szenario ist etwas konservativer ausgelegt als APS, d. h. bspw., dass nicht alle angekündigten Maßnahmen auch wirklich vollumfänglich oder zu den vorgesehenen Zeitpunkten umgesetzt werden können. Die Emissionen in diesem Szenario würden ungefähr auf dem heutigen Niveau von ca. 34 Mrd. Tonnen bis 2050 verweilen, was wiederum einen Anstieg der globalen Temperaturen um 2,6 °C gegenüber dem Durchschnitt von 1850 bis 1900 zur Folge hätte.
- **Net Zero Emissions Scenario (NZE):** Im Gegensatz zu den beiden ersten Szenarien wird bei NZE nicht der Input (bspw. die Politikmaßnahmen) vorgegeben, sondern ein Ziel und die Modellierung ergibt die hierfür benötigten Maßnahmen. Das Ziel ist in diesem Fall eine Jahresemission in 2050 von Netto-Null, was bedeutet, dass nur so viel emittiert werden darf, wie an anderer Stelle gebunden oder der Atmosphäre entzogen werden kann. Damit einhergehend wäre eine Temperaturveränderung von unter +1,5 °C.³¹⁸
- **Sustainable Development Scenario (SDS):** Das SDS ist ein bereits etwas älteres Szenario, das in den aktuellen World Energy Outlook zum Vergleich mit aufgenommen wurde. Wie das NZE ist es auch ein normatives Szenario, es wurde also ebenfalls ein Ziel vorgegeben. In diesem Fall ist aber nicht die Emissionshöhe, sondern die Temperaturbegrenzung als Ziel vorgegeben (unter +2 °C, die Modellierung ergibt ein Ergebnis von +1,65 °C).

Aus einem Vergleich der Szenarien können wichtige Rückschlüsse gezogen und Politikempfehlungen ausgesprochen werden. Ob die verantwortlichen Politikerinnen und Politiker diese Ratschläge beherzigen, ist eine andere Sache, was uns auch elegant zum nächsten Kapitel überleitet, das die nicht immer ganz einfache Praxis einer global koordinierten Klimaschutzpolitik behandelt.

6.2 Internationale Klimakonferenzen

6.2.1 Historischer Überblick

An mehreren Stellen in den vorangegangenen Ausführungen wurde darauf hingewiesen, dass globale Schadstoffe nicht durch nationale Einzelmaßnahmen zu lösen sind, sondern vielmehr internationale Absprachen und Koordination

³¹⁷ Vgl. IEA (2021a), S. 95 f. und 117, sowie Annex A.

³¹⁸ Wie wir gleich noch sehen werden, fällt dem Temperaturanstiegskorridor von +1,5 bis +2 °C in den internationalen Klimaverhandlungen, v. a. auf der Konferenz 2015 in Paris, eine entscheidende Rolle zu.

erforderlich sind. Hierfür hat sich das Instrument der Umwelt- und Klimakonferenz entwickelt, das seit nunmehr rund 50 Jahren eine wichtige Rolle in der Bekämpfung von globalen Schadstoffen spielt (Tabelle 5).³¹⁹

Jahr	Ort	Konferenz/Ereignis	Wichtige Beschlüsse
1979	Genf	Weltklimakonferenz	Erklärung zu möglichen Folgen der Klimaveränderung
1987	Montreal	Montrealer Protokoll	Abkommen zum Abbau von FCKW (Ozonloch)
1988	Toronto	Conference on Global Warming	Absichtserklärung Senkung CO ₂ , Gründung IPCC
1992	Rio de Janeiro	UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung	Klimarahmenkonvention
1995	Berlin	1. Klimakonferenz (Conference of the Parties 1 – COP 1)	Mandat zum Aushandeln eines Klimaschutzabkommens
1997	Kyoto	COP 3	Kyoto-Protokoll, konkrete Treibhausgasreduktionsziele bis 2012
2007	Bali	COP 13	Roadmap Klimaverhandlungen
2009	Kopenhagen	COP 15	Erwärmungsgrenze +2 °C
2010	Cancun	COP 16	Reduktionsziele bis 2020 (nur EU)
2012	Doha	COP 18	Verlängerung Kyoto-Protokoll bis 2020, Beschluss zur Ausarbeitung einer Nachfolgeregelung
2015	Paris	COP 21	Paris-Abkommen

Tabelle 5: Ausgewählte Klimakonferenzen

Die erste größere Konferenz, die sich mit globalen Umweltfragen beschäftigte, war die 1972 in Stockholm stattfindende „Konferenz der Vereinten Nationen über die Umwelt des Menschen“. Dort wurden zwar mit Vertretern von über 100 Staaten globale Umweltfragen diskutiert (bspw. Artenvielfalt oder Verschmutzung der Weltmeere, aber auch Themen wie die Bedrohung der Menschheit durch nukleare Waffen, die Situation von Entwicklungsländern oder langfristige Ressourcenverfügbarkeit), der Klimawandel war damals aber noch nicht auf der Agenda. Als Ausgangspunkt einer globalen Klimaschutzpolitik kann daher die Weltklimakonferenz von Genf (1979) angesehen werden. Dort trafen sich auf einer durch die Weltmeteorologieorganisation (WMO) veranstalteten Konferenz

³¹⁹ Ausführliche Zusammenfassungen der jeweiligen Konferenzen finden sich auf der Homepage des Bundesumweltministeriums (<https://www.bmu.de/themen/klimaschutz-anpassung/klimaschutz/internationale-klimapolitik/un-klimakonferenzen/ergebnisse-der-un-klimakonferenzen>).

Wissenschaftler aus aller Welt, um über die möglichen Ursachen und Folgen eines Klimawandels zu diskutieren. Ein Ergebnis war die gemeinsame Erklärung, dass ein Klimawandel wahrscheinlich ist, seine Folgen schwerwiegend sein können und dass der Mensch als Auslöser angesehen werden kann. Die Wissenschaftler forderten die Politik auf, sich dieses Problems anzunehmen, da damals in Politik und Gesellschaft kein weitverbreitetes Problembewusstsein vorhanden war.

Wie diffizil die Problematik bei CO₂ im Gegensatz zu anderen Schadstoffen ist, wird beim Vergleich zweier Konferenzen in Kanada deutlich. Während der Montreal-Konferenz (1987) sofortige Maßnahmen und bald eintretende Erfolge im Kampf gegen das globale Problem des Ozonlochs folgten, stellte die Toronto-Konferenz zur Klimaerwärmung (1988) erst einen ersten kleinen Schritt in einem langen, immer noch nicht annähernd abgeschlossenen Prozess dar. Immerhin nahmen an dieser Konferenz neben Wissenschaftlern auch einige Politiker aus den führenden Industrienationen teil. Neben recht offen gehaltenen Zusagen, auf freiwilliger Basis etwas gegen die Emission von Treibhausgasen zu unternehmen, wurde die Einrichtung des in diesem Buch bereits mehrfach angesprochenen IPCC beschlossen, das fortan für eine wissenschaftliche Fundierung der Klimaschutzpolitik sorgen sollte.

Bahnbrechend in Hinblick auf die weltweiten Klimaaktivitäten war die UN-Konferenz in Rio (1992). Dort wurde durch über 150 Staaten eine Klimarahmenkonvention beschlossen, die in den Folgejahren noch durch weitere Staaten unterschrieben wurde, so dass aktuell mit 197 Unterzeichnern nahezu alle Länder der Welt Mitglied der Konvention sind. Die Klimarahmenkonvention gab den Staaten den klaren Auftrag, verbindliche Lösungen gegen den Klimawandel zu erarbeiten und war Auslöser einer regelmäßig stattfindenden weltweiten Klimakonferenzserie. Die erste dieser als Conference of the Parties (COP) bezeichneten Konferenzen fand 1995 in Berlin statt. Die wichtigste dieser Konferenzen war die dritte COP in Kyoto, Japan. Dort wurde mit dem Kyoto-Protokoll das erste international verbindliche Klimaschutzabkommen unterzeichnet. Aufgrund der enormen Bedeutung dieser Vereinbarung, werden wir uns damit im nächsten Abschnitt näher beschäftigen.

Das Kyoto-Protokoll war zeitlich bis 2012 befristet, so dass ab 2007 (COP 13 auf Bali) begonnen wurde, über weiteren Maßnahmen nach Ablauf des Protokolls zu diskutieren. Diese Gespräche verliefen jedoch äußerst schleppend. Eigentlich sollten bereits 2009 (COP 15 in Kopenhagen) die Rahmenbedingungen für ein Nachfolgewerk fertig gestellt werden, was jedoch scheiterte. Aufgrund unüberbrückbarer Positionen zwischen verschiedenen Ländergruppen (v. a. Entwicklungs- und Schwellenländer gegen Industrienationen) sowie innerhalb der Gruppen (bspw. USA gegen EU) wurde lediglich eine recht enttäuschende Abschlussformel verabschiedet, in der sich alle Länder dazu bekannten, dass es, sinngemäß formuliert, hilfreich wäre, wenn die Temperaturen nicht um mehr als 2 °C steigen würden.³²⁰

Auch in den auf Kopenhagen folgenden Treffen wurden keine greifbaren Lösungen erarbeitet. Dramatisch war der Ausgang der COP 18 in Doha (Dezember 2012). Sogar wenige Tage vor Ablauf des Kyoto-Protokolls konnten sich die

³²⁰ Vgl. Grubb (2010).

Vertragspartner immer noch nicht auf eine Nachfolgeregelung einigen. Die Konferenz musste mehrmals um einige Tage verlängert werden, was es so bisher noch bei keiner Klimakonferenz gab. Als Minimal-Ergebnis kam heraus, dass das Kyoto-Protokoll bis zur Erarbeitung eines Nachfolgers weiterlaufen sollte (sogenannte 2. Kyoto-Periode bis 2020). Dieser Konsens wurde jedoch nur von den EU-Staaten, Australien, der Ukraine sowie acht weiteren Ländern (wie Monaco, Liechtenstein und Island) unterzeichnet. Damit umfasste das verlängerte Kyoto-Protokoll gerade einmal 15 % der weltweiten CO₂-Emissionen. Trotz dieser ernüchternden Beschlüsse wurde der Verhandlungsfaden weiter verfolgt und nicht ganz selbstverständlich wurde 2015 auf der COP 21 ein weiteres wichtiges Dokument erarbeitet, das Pariser Klimaschutzabkommen, das im Anschluss an die nun folgenden Ausführungen zum Kyoto-Protokoll näher besprochen wird.

6.2.2 Kyoto-Protokoll³²¹

Das Kyoto-Protokoll stellt einen Meilenstein in der Geschichte des Klimaschutzes dar. Das 1997 ausgehandelte Abkommen sah eine Reduktion der weltweiten Treibhausgasemissionen um 5,2 % vor. Die Reduktion musste im Zeitraum 2008 bis 2012 erbracht werden und als Basisjahr wurde 1990 herangezogen. Erfasst wurden neben CO₂ noch fünf weitere Treibhausgase, die gemäß ihrer CO₂-Äquivalente berücksichtigt wurden. Das Besondere am Kyoto-Protokoll war, dass die Ziele nicht wie zuvor üblich relativ unverbindlich formuliert waren, sondern für eine Gruppe von 38 Ländern verbindliche individuelle Ziele vorgegeben wurden. Diese Länder wurden Annex B-Staaten genannt, da sie im Anhang B des Protokolls aufgeführt sind. Die Zielvorgaben variierten stark in Abhängigkeit von verschiedenen Faktoren, wie z. B. dem prognostizierten Wirtschaftswachstum:

- EU: -8 %³²²
- Osteuropäische Länder: -5 % bis -8 %
- USA: -7 %
- Japan, Kanada: je -6 %
- Russland, Ukraine, Neuseeland: 0 %
- Einigen Staaten wurden sogar positive CO₂-Wachstumsraten zugestanden, so dass es bei diesen nicht um Minderung, sondern um Zuwachsbeschränkungen ging (Norwegen +1 %, Australien +8 %, Island +10 %)

Das Protokoll ließ noch einige Detailfragen offen, die in den folgenden Klimakonferenzen nachverhandelt wurden. Endgültig unterschriftsreif war das Protokoll erst nach der COP 7 in Marrakesch (2001). In Kraft getreten ist das Kyoto-Protokoll

³²¹ Über das Kyoto-Protokoll finden sich unzählige Beiträge in der Literatur. Dieser kurze Abschnitt fasst die wesentlichen Punkte aus Schiffer (2019), S. 463 ff., und Endres (2013), S. 312 ff., zusammen. Außerdem stützt er sich auf Informationen, die auf der Homepage der UN Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) bereitgestellt werden (<https://unfccc.int/>).

³²² Die damaligen 15 EU-Staaten einigten sich auf ein gemeinsames Ziel von -8 %, anschließend erfolgte in einem zweiten Schritt eine Aufteilung auf die einzelnen Mitgliedsländer (sogenanntes Burden Sharing, siehe Kapitel 6.3).

schließlich erst 2005. Dies lag an den Bedingungen, die 1997 festgelegt wurden. Die erste Hürde erforderte, dass mindestens 55 Länder das Abkommen ratifizieren sollten, was bereits 2002 erreicht wurde. Neben den Ländern mit konkreten Zielvorgaben wurden also noch weitere Mitglieder der Klimarahmenkonvention benötigt, die sich offiziell zum Klimaschutz bekennen sollten (wenn auch ohne verbindliche Ziele). Die zweite Hürde verlangte, dass mindestens 55% der CO₂-Emissionen von 1990 durch die ratifizierten Vertragsparteien abgedeckt sind. Dies macht bei einem globalen Schadstoff zwar durchaus Sinn, stieß aber an ein praktisches Problem, da 2001 der damals größte Emittent USA die Ratifizierung verweigerte und somit aus dem Kyoto-Protokoll ausstieg.³²³ Da auch Russland zu diesem Zeitpunkt noch nicht beigetreten war, erreichte das Protokoll nicht die erforderliche Qualifikation. In den folgenden Jahren konnte Russland jedoch durch einige Zugeständnisse überredet werden, das Protokoll zu ratifizieren.

Das Kyoto-Protokoll wird zwar als verbindlich bezeichnet, allerdings stößt es auch an gewisse Grenzen. Im Zuge der Kyoto-Verhandlungen wurde beschlossen, keine Geldstrafen für ein Verfehlen der Ziele zu erheben, sondern säumige Mitgliedsstaaten in zukünftigen Klimaverträgen die Fehlsummen nachholen zu lassen und mit verschärften Zielen zu belegen. Diese de facto Unverbindlichkeit des Kyoto-Protokolls wurde deutlich, als Kanada 2011 beschloss, aus dem Protokoll auszusteigen, da absehbar war, dass es seine Ziele nicht erreichen würde.³²⁴

Dass sich das Kyoto-Protokoll nicht nur bei Umweltpolitikerinnen und -politikern sondern auch bei Ökonominnen und Ökonomen so großer Beliebtheit erfreut, liegt v. a. an den im Protokoll aufgeführten „flexiblen Instrumenten“. Diese wurden eingeführt, damit Staaten ihre Reduktionsmaßnahmen nicht nur im Inland durchführen mussten, sondern auch im Ausland tätig werden konnten. Dies erscheint besonders bei einem globalen Schadstoff mit stark abweichenden Vermeidungskosten aus Kosteneffizienzgesichtspunkten sinnvoll. Der Anteil der im Ausland erbrachten Emissionsminderung war jedoch auf 50% der Gesamtminderungsmenge begrenzt. Die flexiblen Instrumente unterschieden sich dabei anhand ihrer Verrechnungsarten.³²⁵

- Emissionshandel (Emission Trading): Dieser stellt einen Zertifikatehandel dar, wie er in Kapitel 5.3.3 vorgestellt wurde. Aus Kosteneffizienzgesichtspunkten wäre ein weltweiter Handel wünschenswert, allerdings wurde der Emissionshandel innerhalb der ursprünglichen Kyoto-Periode nur innerhalb der Europäischen Union (ergänzt um einige weitere europäische Staaten) eingeführt. Mit Bezug auf die Emissionsmenge findet hier eine internationale Umverteilung von Emissionseinheiten statt.
- Clean Development Mechanism (CDM): Ein Industrieland kann sich Klimaschutzinvestitionen in einem Entwicklungsland anrechnen lassen. Hierfür wird ein Zertifikat ausgestellt, durch das die erlaubten inländischen Emissionen entsprechend erhöht werden können.

³²³ Vgl. Knothe (2007), S. 287 ff.

³²⁴ Vgl. Nwanguma (2016).

³²⁵ Siehe für einen Überblick Lueg (2010), S. 217.

- Joint Implementation (JI): Wenn ein Industrieland Maßnahmen in einem anderen Industrieland durchführt, kann es sich wie beim CDM die Emissionsminderung gutschreiben lassen. Allerdings wird die vermiedene Menge von den erlaubten Emissionen des anderen Landes abgezogen. Wie beim Emissionshandel findet hier nur eine Umverteilung statt, es werden keine zusätzlichen erlaubten Emissionen generiert wie beim CDM.

Das Kyoto-Protokoll kann quantitativ als Erfolg betrachtet werden. Anstelle der vorgegeben 5,2% fielen die gemeinsamen Emissionen der verbliebenen 36 Annex B-Staaten um 22,6%.³²⁶ Die einzelnen Staaten waren dabei unterschiedlich erfolgreich, wie aus Abbildung 23 ersichtlich ist. Speziell die osteuropäischen Länder und die ehemaligen Sowjetrepubliken zeigten eine deutliche Übererfüllung (die nicht in der Abbildung enthaltenen östlichen Länder wiesen ähnliche Werte auf). Dieses lässt sich zum größten Teil durch den Zusammenbruch der sozialistischen Regime bis 1992 und der damit verbundenen Stilllegung der meisten ineffizienten Industrien erklären. Zwar waren bei Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls die meisten Anlagen längst stillgelegt, aber durch das Basisjahr 1990 wurden sie immer noch berücksichtigt.³²⁷ Derselbe Effekt half auch Deutschland ganz entscheidend, seine vergleichsweise hohen Ziele zu erreichen, da hier ebenfalls noch die ineffiziente und nicht gerade klimafreundliche DDR-Energiewirtschaft und -Industrie berücksichtigt wurde. Die höchsten Zielabweichungen nach oben verzeichneten neben dem vorzeitig ausgetretenen Kanada und den gar nicht erst beigetretenen USA, Österreich und Luxemburg (plus 19 Prozentpunkte Mehremission).

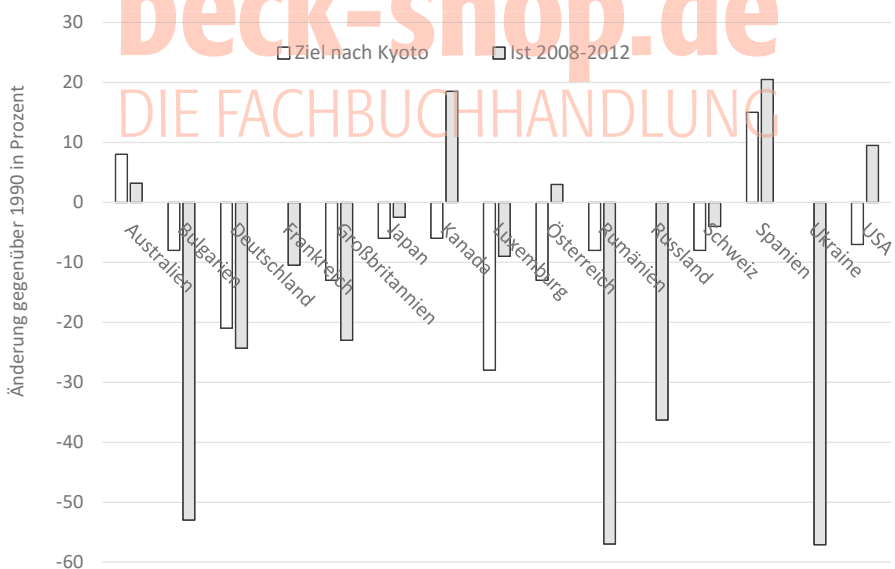


Abbildung 23: Zielerreichung Kyoto-Protokoll für ausgewählte Länder³²⁸

³²⁶ Vgl. UNFCCC (2015).

³²⁷ Hierfür wird in der Literatur häufig der Begriff „Hot Air“ verwendet. Vgl. Lueg (2010), S. 179.

³²⁸ Eigene Darstellung nach Shishlov et al. (2016).

Bei allen Verdiensten des Kyoto-Abkommens, lässt sich auch Kritik formulieren:³²⁹

- Das Ziel, die Emissionen um rund 5% zu senken, kann als zu wenig ambitioniert angesehen werden und ist ungeeignet, den Klimawandel aufzuhalten.
- Es wurden zu großzügig bereits realisierte Minderungen der Vergangenheit berücksichtigt (v. a. in Osteuropa).
- Die de facto fehlende rechtliche Verbindlichkeit und mangelnde Sanktionsmöglichkeiten bedingten ein Vollzugsdefizit gegenüber Ländern, die die Ziele nicht erreichen.
- Wesentliche Emittenten waren nicht beteiligt (v. a. USA, China, Indien, sonstige Entwicklungsländer). Wobei die Nicht-Ratifizierung der USA nicht dem Instrument an sich angelastet werden kann und auch die starke Emissionszunahme in den Entwicklungsländern war in 1997 noch nicht vollkommen absehbar.
- Das Nebeneinander von internationalen Kyoto-Instrumenten und nationalen Klimaschutzinstrumenten dürfte die Effizienz beider einschränken haben (siehe Kapitel 8.3 für ein Beispiel aus Deutschland).
- Der Emissionshandel verfehlte zum Teil seine Wirkung. Auch dies war nur begrenzt Schuld des Kyoto-Vertragstextes, vielmehr eine Umsetzungsproblematik innerhalb der EU (siehe Kapitel 6.3).

Bei aller Berechtigung einzelner Kritikpunkte sollte aber stets im Auge behalten werden, dass das Protokoll unter extrem schwierigen Rahmenbedingungen entstanden ist und ein gemessen am theoretisch möglichen Optimum unzulänglicher Kompromiss vielleicht besser ist, als ein komplettes Scheitern der Verhandlungen. Außerdem wurden wertvolle Erfahrungen gesammelt, die helfen konnten, das im Folgenden thematisierte Pariser Abkommen effizienter zu gestalten.

6.2.3 Paris-Konferenz

Im Dezember 2015 trafen sich die 197 Mitglieder der Klimakonvention zur COP 23 in Paris. Im Vorfeld der Konferenz waren die Erwartungen und der öffentliche Druck sehr hoch, da nach Ablaufen des Kyoto-Protokolls 2012 vereinbart wurde, zügig an einem Nachfolger für die Jahre ab 2021 zu arbeiten. Die letzten Konferenzen vor Paris waren ohne entsprechend greifbare Ergebnisse zu Ende gegangen, so dass die Zeit langsam knapp wurde, speziell vor dem Hintergrund der langen Vorlaufzeit des Kyoto-Protokolls.

Tatsächlich gelang es den Staaten, ein neues Vertragswerk auszuhandeln. Die Kernpunkte des sogenannten Paris-Abkommens sind:³³⁰

- Ziel des Abkommens ist es, die Erderwärmung auf deutlich unter +2°C gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Auf Betreiben eini-

³²⁹ Vgl. zusammenfassend Wicke et al. (2006), S. 62 ff.

³³⁰ Vgl. BMUB (2016), Seiter/Braun (2016), Dröge/Geden (2016) sowie die Homepage der UNFCCC (https://unfccc.int/paris_agreement/items/9485.php).

ger vom Klimawandel besonders betroffener Inselstaaten wurde noch ein Hinweis aufgenommen, dass eine Begrenzung des Temperaturanstiegs auf +1,5 °C angestrebt wird.

- Anders als das Kyoto-Protokoll enthält das Paris-Abkommen keine detaillierten Zielvorgaben für einzelne Länder. Vielmehr erhalten die Mitgliedsstaaten den Auftrag, sich selbst Ziele in sogenannten INDCs („Intended Nationally Determined Contributions“) zu setzen.
- Diese INDCs müssen alle fünf Jahre überarbeitet und ambitionierter als die vorherigen Ziele ausgestaltet sein (sogenannter Hebemechanismus oder Progressionsprinzip).
- Die nationalen Zielabsichten werden durch ein unabhängiges internationales Komitee bewertet und deren Einhaltung überwacht.
- Das Komitee bzw. die UNFCCC hat wie bisher keine ernsthaften finanziellen Sanktionsmöglichkeiten. Allerdings sollen die Verfehlungen offensiv öffentlich kommuniziert werden und unwillige oder unfähige Staaten somit einen Reputationsverlust erfahren („name and shame“³³¹).
- Darüber hinaus sollen Maßnahmen entwickelt werden, die die Anpassungsfähigkeit an den Klimawandel („Klimaresilienz“) erhöhen sollen.
- Die Industrienationen sollen die Entwicklungsländer mit einem jährlichen Betrag von 100 Mrd. US-Dollar unterstützen. Dieser Betrag soll zunächst von 2020 an für fünf Jahre gelten, ab 2025 soll dieser Betrag erhöht werden.

Wie beim Kyoto-Protokoll waren als Hürde für das Inkrafttreten die Ratifizierung von mindestens 55 Staaten sowie ein Anteil der teilnehmenden Staaten an den globalen Emissionen von 55% vorgesehen. Vor der Ratifizierung durch die in den einzelnen Staaten zuständigen Institutionen (in der Regel die nationalen Parlamente) mussten die Regierungen zunächst mit ihrer Unterschrift den Vertragstext bestätigen.

Dies geschah angesichts der Erfahrungen mit dem Kyoto-Protokoll überraschend schnell. Bereits im April 2016 hatten 175 der 197 UNFCCC-Mitgliedsstaaten ihre Unterschrift geleistet. Die meisten anderen folgten recht zeitnah, so dass aktuell 195 Staaten (inklusive der EU) dem Paris-Abkommen beigetreten sind. Auch die Ratifizierungen wurden durch die meisten Staaten schnell vorangetrieben. Bereits im Oktober 2016 wurde die 55%-Hürde überschritten und so konnte das Paris-Protokoll im November 2016 offiziell in Kraft gesetzt werden. Stand Mai 2022 haben 193 Länder (inklusive EU) ihren Beitritt ratifiziert, so dass über 98% der weltweiten Treibhausgasemissionen durch das Abkommen abgedeckt sind.³³²

6.2.4 Aktuelle Entwicklungen

Diese schnelle und weitfassende Akzeptanz des Paris-Abkommens wäre eigentlich ein großes Erfolgserlebnis für den in den letzten Jahren etwas verhaltenen

³³¹ Seiter/Braun (2016), S. 3.

³³² Die UNFCCC stellt eine Übersicht über den Status der Vertragsunterschrift und Ratifizierung zur Verfügung: https://unfccc.int/paris_agreement/items/9444.php.